

SP Fraktion
Elsbeth Müller
Zeughausgasse 3
6300 Zug

Stadtkanzlei
Herr A. Rüttimann
z.H. des Präsidenten des
GGR
Kolinplatz 1
6300 Zug

Zug, den 12. Dezember 1999

Motion zur Durchführung einer Studie über die Jugendgewalt in der Stadt Zug als Voraussetzung für die Umsetzung sinnvoller Massnahmen im Sinne einer integrierten und kohärenten Kinder- und Jugendpolitik

Der Stadtrat wird beauftragt:

Eine Studie über die Ursache, die Häufigkeit und das Ausmass von Kinder- und Jugendgewalt in der Stadt Zug durchzuführen.

Die Studie berücksichtigt sowohl Daten der Kriminalstatistik, wie Daten von Selbstberichten von Opfern und Delinquenten.

In einem ersten Schritt soll der Stadtrat bis Mai 2000 dem GGR eine Vorlage unterbreiten, die den Inhalt und das Vorgehen der Studie aufzeigen.

In einem zweiten Schritt sollen die Resultate in einen Massnahmenkatalog zur Umsetzung einer kohärenten und koordinierten Kinder- und Jugendpolitik Eingang finden und dem GGR als Vorlage unterbreitet werden. Der Abschluss der Studie mit Massnahmenkatalog wird bis im Juli 2001 erwartet.

Begründung

Kinder- und Jugendgewalt wird auch in Zug seit längerer Zeit beobachtet. Die Schulkommission sieht sich seit mehreren Jahren diesem Phänomen gegenüber gestellt. Die Handlungsmöglichkeiten sind jedoch insofern eingeschränkt, als gewisse Gewalttaten weder angezeigt werden noch die Kommission zu einem frühen Zeitpunkt Kenntnis davon erhält. Darüber hinaus sind bestimmte Gewalttaten strafrechtlich nicht relevant. In der Wahrnehmung der Kinder- und Jugendlichen sowie deren Eltern und weiteren Involvierten werden diese jedoch durchaus als Gewalt erkannt und benannt.

Die Forderung nach einer Studie verfolgt zwei Ziele: Die Studie soll das Ausmass der Jugendgewalt in Zug erfassen. Die Resultate werden aufzeigen können, wieweit Jugendgewalt in Zug ein zunehmendes Problem darstellt, oder wieweit die vermehrte Berichterstattung darüber in der Wahrnehmung vieler die Annahme von Häufigkeit und Ausmass verzerrt. Zusätzlich soll die Studie durch den Einbezug der Befragung von

Delinquenten und Opfern das Dunkelfeld der nicht registrierten jugendlichen Delinquenten aufzeigen. Dadurch können das Verständnis für das, was Heute unter Kinder- und Jugendgewalt verstanden wird, erhöht und gezielte Präventionsmassnahmen abgeleitet werden.

Gewalt ist ein vielschichtiges Phänomen. Um eine nur annähernde Erklärung für das Auftreten und das Ausmass erhalten zu können, genügt die Aufarbeitung der offiziellen Daten nicht, welche sich am strafrechtlichen Begriff der Gewaltdelikte orientiert. Studien, die auf Selbstberichten basieren, beziehen auch jugendspezifische, deviante Verhaltensweisen, die vom schweizerischen Strafrecht nicht als relevant erachtet werden, als Gewalthandlung mit ein. Dieser Begriff umfasst destruktive und aggressive Handlungen gegenüber Personen und Sachen. Mit dem Einbezug dieses Verfahrens in die Studie würde man dem Phänomen der allgemeinen Wahrnehmung, Kinder- und Jugendgewalt sei zunehmend, gerecht und nimmt die berechtigten Ängste der Jugendlichen, Eltern und Lehrpersonen Ernst. Darüber hinaus ermöglicht ein solches Verfahren die Ableitung von Präventionsmassnahmen, die in eine kohärente und koordinierte Kinder- und Jugendpolitik münden können. Studien auf der Grundlage des Selbstberichtigungsverfahrens, wie oben kurz beschrieben, wurden in der Schweiz in den Städten Zürich, Brugg und Basel durchgeführt. Ihr Erfolg beruht in der Ableitung von spezifischen Massnahmen, die nicht erst dort ansetzen, wo Gewalt bereits verübt und Kinder auf Schulhöfen terrorisiert werden. Sie ermöglichen gezielte Unterstützung der Lehrpersonen und Eltern, spezifische Information an Kinder und Jugendliche und erhöhen die Aufmerksamkeit gegenüber Gewalt.

Ein Einbezug des Mitautors der 1995 erschienenen Studie, Jugend und Gewalt, M. Killias, wäre aus Sicht der Motionäre sinnvoll. Dadurch liessen sich Um- und Irrwege vermeiden und die Studie in raschmöglicher Zeit beenden. Denn Kinder- und Jugendgewalt ist ein Phänomen unter dem Kinder und Jugendliche heute leiden. Erst morgen die Konsequenzen ziehen und die Kinder und Jugendliche heute verträsten, würde nicht für die Verantwortung der jetzigen Entscheidungsträgerinnen und -träger sprechen.

SP-Fraktion

sig. Elsbeth Müller
Fraktionspräsidentin